

Wachstum, Risiko und Verteilungsgesellschaft

Autor(en): **Uchtenhagen, Lilian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340828>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Wachstum, Risiko und Verteilungsgesellschaft



Lilian Uchtenhagen,
Dr. rer. pol.,
Nationalrätin seit 1971,
Präsidentin von Coop Zürich
LVZ, Mitglied der Geschäfts-
leitung der SPS.

Von Lilian Uchtenhagen

Solange das Sozialprodukt rasch wächst – wie das seit dem Zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre der Fall war –, bekommen in der Regel auch alle ein grösseres Stück vom Kuchen. Die Verteilungsgesellschaft «funktioniert».

Der wachsende Wohlstand und der durch das wirtschaftliche Wachstum ebenfalls ermöglichte Ausbau des Wohlfahrtsstaates haben die materielle Not in den industrialisierten Ländern in einem grossen Ausmass beseitigt und den Verteilungskampf entsprechend gemildert.

Zwar kann nicht davon gesprochen werden, dass die Verteilung gerechter geworden sei, denn anteilmässig hat sich die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital kaum verändert. Der politische und gewerkschaftliche Einsatz kann zwar verhindern, dass der Lohnanteil gegenüber dem Kapital- und Gewinnanteil absinkt, aber er kann längerfristig den Lohnanteil offenbar nicht zulasten des Kapitals vergrössern. Daraus muss meines Erachtens geschlossen werden, dass der gewerkschaftliche und politische Einsatz für eine gerechtere Verteilung des Reichtums vermehrt über eine wachsende Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer gehen muss.

Seit dem Wirtschaftseinbruch 1974/75 und der nur zögernd einsetzenden Erholung sind in den meisten Industriestaaten die Wachs-

tumsraten des Bruttosozialproduktes deutlich kleiner geworden und in der Regel hinter den erzielten Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben: Die Zahl der Arbeitslosen nahm laufend zu und verharrt selbst während eines Konjunkturaufschwungs auf hohem Niveau.

Die Verteilung der Arbeit

Auch wenn die sozialen Netze das Absinken in Not und Elend grösstenteils verhindern, ist das «Ohne-berufliche-Arbeit-Sein» in unserer auf die Erwerbsarbeit ausgerichteten Gesellschaft oft mit psychischer Not und gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden. Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ist diese Entwicklung unannehmbar. Die Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit geht denn heute auch weniger um die Verteilung des Bruttosozialkuchens, als viel mehr um die Verteilung der Arbeit.

Dass es sinnvoll ist, bei struktureller Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzungen die Arbeit auf mehr Hände und Köpfe zu verteilen, darüber dürfte innerhalb der Sozialdemokratie Einigkeit bestehen. Nicht ganz so einig ist man sich darüber, wie das zu bewerkstelligen und welchen Preis man dafür zu bezahlen bereit ist.

Noch stärker betroffen vom Kriseneinbruch 1974/75 wurden die Entwicklungsländer. Die eingeleitete

Industrialisierung und die damit erhoffte Verbesserung der Lebensbedingungen wurden jäh unterbrochen. Die bereits bestehende Verschuldung wuchs mit steigenden Zinssätzen und immer grösser werdender Not ins Astronomische. Das Problem der Reichumsverteilung stellt sich heute in erster Linie zwischen den bereits industrialisierten und den sich um die Entwicklung bemühenden Ländern, insbesondere jenen Afrikas und Lateinamerikas.

Bei beiden Problemen – Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und wachsende Not und Verschuldung in den Entwicklungsländern – stellt sich immer wieder die Frage: Könnte und sollte auch versucht werden, wieder höhere Wachstumsraten zu erzielen?

Zur ersten Frage: Mehr Wachstum?

Mir scheint, dass von der technologischen Seite her die Voraussetzungen für ein neues wirtschaftliches Take-off eigentlich gegeben wären. Eine ganze Reihe von Basisinnovationen – Mikroelektronik, Bio- und Gentechnologie, neue Materialtechnologien und – last, but not least – eine Vielfalt von Umweltschutztechnologien sowie die Entwicklung von Alternativenergien – sollten eigentlich nicht nur ein Take-off, sondern auch einen längerfristigen Aufschwung bewirken können, wie dies in der Vergangenheit etwa die Erfindung der Dampfmaschine, der Elektronik, und andere Erfindungen getan haben. Der entscheidende Durchbruch ist in den alten Industriestaaten indessen erst zum Teil und verspätet erfolgt. Es gibt dafür viele Gründe:

- Solche technologische Neuorientierungen setzen zunächst tiefgreifende strukturelle Anpassungen vor-

aus, die Zeit beanspruchen und soziale Kosten verursachen. Die zunehmende Globalisierung der Märkte und die damit verbundene Konkurrenzierung durch Billiglohnländer, aber auch technologisch innovative Länder wie Japan liessen den alten Industrienationen indessen wenig Zeit für die nötigen Strukturanpassungen. Zum Teil wurden Auswege über protektionistische Massnahmen gesucht, zum Teil nahm man Zuflucht zu reinen Rationalisierungsinvestitionen: beides sind aber mittel- und längerfristig keine Wege aus der Krise.

- Die Internationalisierung der Märkte hat im Finanzbereich zu einer eigentlichen Entkoppelung von Geld- und Produktionswirtschaft geführt. Eurodollarmärkte, transnationale Banken, Kreditpyramiden und immer neue innovative Geldgeschäfte machten – zumindest bis zum Crash – Finanzinvestitionen und Finanztransaktionen bei weitem lukrativer als Investitionen in neue Produktionsanlagen: Leicht verdiente Milliarden wurden dabei ebenso leicht wieder verloren. Auch wenn im Augenblick Finanzgeschäfte an Attraktivität eingebüsst haben, die Internationalisierung der Geld- und Kreditmärkte wird auch in Zukunft ein Moment der Instabilität bleiben und eine nationalstaatlich ausgerichtete Beschäftigungspolitik erschweren.

- Einzelstaatliche Politiken stossen angesichts der Universalität der Interdependenz der Weltwirtschaft rasch an ihre Grenzen. Mitterands Ankurbelungspolitik, welche beschäftigungspolitisch über die Grenzen – insbesondere nach Deutschland – versickerte, zeigt, wie wichtig es wäre, international koordiniert zu handeln. Die Beschäftigungssituation könnte in Europa wohl um einiges besser sein, wenn ein gemeinsames Handeln möglich ge-

wesen wäre, bei dem sowohl nachfrageorientierte wie angebotsorientierte Massnahmen gezielt eingesetzt worden wären.

- Die Wachstumsperspektiven der europäischen Länder sind im übrigen nach wie vor beeinträchtigt durch die ungelösten Probleme der Weltwirtschaft, wie das Haushalt- und Zahlungsbilanzdefizit der USA und die zunehmende Verarmung der Dritten Welt und die damit verbundene Verschuldungskrise. Letztlich dürfte es kaum eine befriedigende langfristige Perspektive für die Industrieländer geben, wenn es nicht gelingt, diese Probleme zu lösen. Solange die Länder der Dritten Welt nur als Rohstofflieferanten, Absatzmärkte und Kreditnehmer und die Industrieländer als Zentren der technologischen Innovation, der Güterproduktion und des Energie- und Rohstoffverbrauchs im internationalen Verteilungsgeschäft figurieren, wird das weltwirtschaftliche Ungleichgewicht ein gefährlicher Krisenfaktor bleiben.

Zur zweiten Frage: Ist mehr Wachstum verantwortbar?

Dürfen höhere Wachstumsraten überhaupt angestrebt werden, sind sie zu verantworten? Eine erste Antwort würde dahingehend lauten, dass weniger und ein anderes Wachstum von uns akzeptiert werden sollte aus Gründen der globalen Verteilungsgerechtigkeit, der längerfristigen Krisenfestigkeit der Weltwirtschaft und damit letztlich auch der Friedenssicherung.

Für weniger und ein anderes Wachstum sprechen – das wissen wir alle – insbesondere auch ökologische Gründe. Umweltschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben, zumindest wenn man vom vergangenen Wachstum mit seiner Ausbeutung

der Natur und ihrer Ressourcen ausgeht. Die ökologische Erneuerung kostet Geld und reduziert das, was es zu verteilen gibt. Ökologie und Ökonomie dürfen aber trotzdem nicht als Gegensätze gesehen werden. Nur ein umweltgerechtes Wirtschaften kann letztlich ein sinnvolles, die Lebensqualität steigerndes Wachstum bewirken. Und nicht zuletzt im Umweltbereich dürfte mittel- und längerfristig ein beträchtliches Wachstumspotential liegen.

Ein dritter Vorbehalt gegen ein undifferenziertes Wachstum ergibt sich aus den Gefahren und Risiken gewisser Technologien. Mit dem Einsatz neuer Technologien eröffnen sich neue, fast unvorstellbare Möglichkeiten und Chancen. Sie machen aber auch Entwicklungen möglich, die ebenso unvorstellbare Risiken und Gefahren in sich bergen. Die nicht mehr eingrenzbar Risiken technologischer und industrieller Entwicklung und die damit verbundene Selbstgefährdung der Menschen konfrontieren uns mit der Tatsache, dass nicht mehr alles machbar sein darf, was machbar wäre.

Alles hat seinen Preis

Welche Antworten hat die Sozialdemokratie, um eine Politik von weniger und einem anderen Wachstum zu begründen?

Am besten entwickelt und begründet sind unsere Konzepte zur Bewältigung der ökologischen Herausforderung. Wir haben klare Vorstellungen, wie die alte Industriewirtschaft ökologisch erneuert werden kann. Hier können wir angepasst, flexibel und auf verschiedenen Ebenen reagieren. Denn für die Durchsetzung einer ökologischen Erneuerung gibt es verschiedene Instrumente: Gebote und Verbote, Subventionen und Lenkungssteuern,

die Einführung einer verschuldungsunabhängigen Kausalhaftung u.a.m. Letztlich geht es dabei um eine marktwirtschaftliche Selbstverständlichkeit: Alles hat seinen Preis, und alle Kosten müssen in die Produktion eingehen, auch jene, die über die Verschmutzung der Umwelt bis jetzt an andere, insbesondere die Öffentlichkeit, abgegeben wurden. Das gleiche gilt für die Kosten, die erst in der Zukunft anfallen, wie auch der Verschleiss zukünftig notwendiger Rohstoffe. Erst wenn alle gegenwärtig und zukünftig anfallenden Kosten, wie wir Ökonomen sagen, internationalisiert werden, erst dann kann der Lenkungsmechanismus über den Markt spielen. Praktisch heisst dies also, dass wir einen Teil des zukünftigen Wachstums nicht mehr oder dann zu höheren Kosten realisieren. In beiden Fällen steht für die Verteilung weniger zur Verfügung.

Teilen ist schwierig

Eine etwas schwierigere Frage ist für uns das Drittweltproblem und die Überschuldung der armen Länder. Diese Probleme sind in der Regel nur auf multinationaler Ebene anzugehen, und sie erfordern das Mitspielen der Machttträger. Aber, wenn Lösungen – Teillösungen – gefunden werden können, der Preis muss auch von uns mitbezahlt werden, z. B. indem unsere Märkte für diese Länder geöffnet werden.

Nun sollte internationale Solidarität für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen zwar eine Selbstverständlichkeit sein. Aber die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen dürfte für die Menschen, die wir vertreten, trotzdem nicht leicht zu vertreten sein. Reich sein oder arm sein ist relativ. Es gibt viele relativ Arme und tatsächlich Arme auch in unserer reichen Gesellschaft. Und: Das Lied vom Teilen

ist ein schwieriges Lied. Gerechtigkeit und Solidarität sind leichter zu fordern, wenn der andere etwas abtreten muss, als wenn wir selber etwas geben sollten. Und was von uns verlangt wird, ist hier weniger und ein anderes Wachstum, damit auch die Menschen in den weniger entwickelten Ländern eine Chance haben.

Noch weniger entwickelt sind unsere Vorstellungen, wie nicht verantwortbare technologische Risiken durch ein nicht realisiertes oder anderes Wachstum vermieden werden können. Zwar lassen sich Konzepte für eine ökologische Erneuerung und ein anderes selektives Wachstum zum Teil auch auf die Vermeidung von technologischen Risiken übertragen. Andererseits aber sind neue Formen der Politik auf den verschiedensten Ebenen notwendig.

Umwelt- und Technologiekatastrophen machen nicht an den Grenzen der Länder halt. Dem Konzept der gemeinsamen Sicherheit im militärischen Bereich muss ein entsprechendes Konzept im Bereich Technologie- und Umweltpolitik gegenübergestellt werden.

Auch der von Ulrich Beck in seinem Buch «Risikogesellschaft» aufgezeigte Weg des Ausbaus der subpolitischen Gegenkontrollen – starke Gerichte und unabhängige Medien, Bürgerinitiativen –, welche mehr «Selbstkritik» ermöglichen, muss Bestandteil der Politik – auch unserer Politik – werden.

Die übrigen gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die Beck unter dem Begriff der «Risikogesellschaft» subsumiert – wie zunehmende Verindividualisierung und Enttraditionalisierung der industriegesellschaftlichen Lebensformen, die Entstandardisierung der Erwerbsarbeit, die Entgrenzung der Politik u.a.m. dürfen von uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nicht nur als Risiken ein-

gestuft werden. Sie bieten auch Chancen. Materielle Besserstellung war für uns ja nie Endziel, sondern Voraussetzung für Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen. Weniger Erwerbsarbeit zum Beispiel lässt mehr Raum zur freiheitlichen Gestaltung und gibt auch den Frauen eine Chance, ihr Leben vermehrt nach ihren Neigungen und Fähigkeiten zu gestalten.

Die Tatsache, dass die westlichen Gesellschaften keine reinen Klassengesellschaften mehr sind, sondern durch viele neue Entwicklungen, die nicht entlang von Klassengrenzen laufen, aufgebrochen werden, macht das Agieren für Gewerkschaften und traditionelle Parteien wie die SP zwar schwierig. Wir dürfen diese schwierige, aber nötige Aufgabe der Zukunftsgestaltung indessen nicht nur subpolitischen Instanzen und Bürgerinitiativen überlassen.

Wachstum produziert Kosten

Wachstum produziert nicht automatisch Wohlstand. Ob die ökologischen und sozialen Kosten nicht grösser sind als produzierter Reichtum, kann erst festgestellt werden, wenn alle anfallenden Kosten internalisiert, also von den Verursachern getragen werden. Solange dies nicht durchgesetzt werden kann, dürfte es auch schwierig sein, dieses falsche Wachstum zu verhindern, denn für jene, die entscheiden, rentiert es ja.

Die mit dem Wachstum verbundenen ökologischen und technologischen Grossrisiken können durch eine Internalisierung der Kosten indessen nur zu einem kleinen Teil verhindert werden. Diese latent bedrohenden Risiken für Mensch und Umwelt sind nicht unmittelbar wahrnehmbar. Man kann sie verkleinern, verleugnen, verdrängen. Immer mehr Menschen spüren zwar

die Risiken und Bedrohungen neuer technologischer und wissenschaftlicher Entwicklungen. Immer häufiger wird gegen ein geplantes Atomkraftwerk oder die Installation von atomaren Fernlenk Waffen usw. Widerstand geleistet – manchmal sogar mit Erfolg. Aber im übrigen pflanzen wir tapfer unsere Apfelbäumchen...

Den Gefahren noch mehr ausgesetzt werden in steigendem Masse die Entwicklungsländer, indem die gefährlichen Forschungs- und Produktionsstätten immer häufiger in Länder verlagert werden, die weniger Vorschriften machen und weniger Sicherheitsmassnahmen verlangen.

Zwar sind die Risiken in der Risikogesellschaft gleichmässiger verteilt als der Reichtum in der Mangelgesellschaft. Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch. Von einer Katastrophe können letztlich alle, auch die Verursacher, in gleicher Weise betroffen werden. Aber solange die Katastrophe nicht stattfindet, dürften ärmere Länder und bei uns weniger bemittelte Schichten den technologischen Risiken näher und hilfloser ausgesetzt sein als die reichen Schichten.

Der andere Fortschritt

Qualitatives Wachstum, der immer wieder zitierte «andere Fortschritt», sind Umschreibungen. Sie sind für die Sozialdemokratie Verpflichtungen, aber ihre Konkretisierung und Durchsetzung macht Mühe. Sie setzen noch genauere Analysen, und sie setzen vor allem Macht voraus. Und Macht setzt Mehrheiten voraus. Der Mehrheit unserer Wähler aber geht es relativ gut, sie möchte den hart erarbeiteten Wohlstand halten und mehren. Und mit jenen, die im Schatten und am Rande

leben, lassen sich keine Mehrheiten erringen.

Unser Engagement bei den Problemen der Risikogesellschaft scheint mir aus dieser Sicht besonders wichtig. Denn wissenschaftliche und technologische Entwicklungen lassen uns in der Tat zur Risikogesellschaft werden, und es ist davon auszugehen, dass die lebensbedrohenden Risiken von immer mehr Menschen wahrgenommen werden.

Daneben bleibt für uns die Forderung nach einer gerechteren, solidarischen Welt weiterhin aktuell: Die Bekämpfung der Armut und Not in den Entwicklungsländern, die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht und eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung in den Industrieländern sind und bleiben Bestandteile sozialdemokratischer Politik.

Markt und Macht

Wir betonen meines Erachtens zu Recht die Vorteile des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft. Aber in der Marktwirtschaft, die wir haben, spielt der Wettbewerb nur sehr beschränkt. Die Macht, die wir demokratisch kontrollieren wollen, sie entzieht sich der Kontrolle, sie ist weitgehend anonym, vernetzt und wirkt über die Grenzen, ist national kaum zu fassen.

Vielleicht könnten wir analytisch etwas gewinnen, wenn wir klarer unterscheiden würden zwischen der Marktwirtschaft, die wir bejahen, und jenen durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffenen unkontrollierten Mächten, welche die Marktwirtschaft und die Demokratie unterlaufen. Vielleicht müssen wir hier noch nach klareren Stellungnahmen und politischen Stossrichtungen ringen.